

## Studie zum Milizsystem

## Erfolgreiche Halbprofis in Parlamenten

**Wäre die Schweizer Politik besser, wenn sie von Profis gemacht würde? Nicht unbedingt, bilanziert eine Studie, die die Professionalisierung von Parlamenten untersuchte.**

VON JÜRGEN AUF DER MAUR

Wenn von der Schweizer Politik die Rede ist, kommt fast wie das Amen in der Kirche: Bürger und Politiker rühmen das Milizsystem, die Tatsache also, dass die Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern über kein Berufsparlament verfügt. «Der grosse Vorteil des Milizsystems ist, dass wir viel näher bei den Leuten sind und damit auch bei den Folgen unserer Entscheide», rühmt etwa die ehemalige Nationalratspräsidentin Christine Egerszegi (FDP, Aargau).

Und auch Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf kam an der Föderalismuskonferenz in Baden ins Schwärmen. Der Föderalismus bewirke Bürgernähe, «indem er ein erfolgreiches Staatsprinzip fördert: Das Milizsystem». Unser Staatssystem beruhe auf dem Milizsystem, das sich gut bewährt habe, erklärte Widmer-Schlumpf vor Kantons- und Bundespolitikern.

#### Profis sind teurer

Doch ist das Milizsystem tatsächlich so gut wie sein Ruf? Macht es die Schweizer Politik im Vergleich zum Ausland nicht träger und von Verbänden und Verwaltung abhängiger? Oder haben wir nicht längst ein Berufsparlament, nur reden wir nicht davon?

Solchen und ähnlichen Fragen ist die Urner Justizdirektorin Heidi Z'graggen wissenschaftlich nachgegangen. Jetzt legt sie die Ergebnisse als Dissertation zum Thema «Die Folgen der Professionalisierung in der Politik vor».

Ihre Schlussfolgerungen formuliert sie differenziert; sie spricht sich letztlich aber deutlich gegen eine stärkere Professionalisierung in der Schweiz aus. Z'graggen: «Man kann solche Schritte machen, aber man muss wissen, dass das Folgen hätte.» Konkret: Wenn das Volk zu einer Professionalisierung des Parlaments überhaupt Ja sagen würde, und das ist auf Grund der starken Verwurzelung des Milizsystems eher zu bezweifeln, würde

- das Parlament deutlich teurer (vergleiche Box)
- es grössere Mitarbeiterstäbe für Politiker und Verwaltung brauchen
- das Parlament im Schnitt älter, weil die Parlamentarier länger im Amt blieben
- die Verjüngung gestoppt, weil es für den Nachwuchs weniger Platz hat
- die berufliche Zusammensetzung verändert, indem vermutlich viel weniger Unternehmer sich wählen liessen
- die Zahl der Vorstösse grösser, weil sich die Schweiz, trotz anderer Vorstellung, im internationalen Vergleich der kleinsten «Vorstoss-Flut» erfreut.

Den grössten Nachteil vollprofessioneller Parlamente sieht Z'graggen aber darin, dass Profi-Parlamentarier «weniger innovativ» seien. Sie wollen wieder gewählt werden, weil das ihre Lebensbasis ist. Deshalb politisieren sie in der Tendenz den Wählern eher nach dem Mund und schieben Beschlüsse, bei



Dass Parlamentarier auch wirtschaftliche Interessen vertreten, ist nicht nur negativ: Die FDP-Ständeräte Felix Gutzwiller (ZH), Rolf Buettiker (SO), Rolf Schweiger (ZG), Didier Burkhalter (NE) und Pankraz Freitag (GL) letzte Woche an der Session.

KEYSTONE

denen nicht mit Applaus zu rechnen ist, eher auf die lange Bank.

#### EXPRESS

- ▶ Uris Justizdirektorin Z'graggen untersuchte die Politik und ihre Professionalisierung.
- ▶ Sie ist überzeugt, dass eine stärkere Professionalisierung auch viele Nachteile hätte.

auch eine Regelung, dass man nicht im gleichen Politikbereich arbeiten könne, wo man bereits ein VR-Mandat habe. Ein Verwaltungsrat einer Krankenkasse könnte nicht mehr in der Gesundheitskommission tätig sein.

#### Kein Rat von Wissenschaft

Z'graggen lässt am Schluss der Studie aber offen, ob sich die Schweizer Bundespolitik stärker professionalisieren soll oder nicht: «Ob Vollberufsparlamente eine bessere Politik machen, kann mit wissenschaftlichen Methoden nicht oder nur sehr schwer gemessen werden, aber genauso wenig kann das Umgekehrte nachgewiesen werden.»

#### Ist Miliz nicht nur eine Illusion?

Den Einwand, bei einem durchschnittlichen Pensum von über 50 Prozent könne nicht mehr von Miliz geredet werden, lässt Z'graggen zum Teil gelten. «Der grosse Unterschied zum Ausland ist, dass wir nicht Vollberufsparlamentarier, sondern Vollberufspolitiker haben.» Grund: Die meisten eidgenössischen Parlamentarier haben in Städten, Kantonen oder Gemeinden weitere politische Ämter oder sind in Verwaltungsräten von Unternehmen.

Dass damit auch Abhängigkeiten entstehen, weil Parlamentarier, die gleichzeitig in Verwaltungsräten von Banken oder Krankenkassen sitzen, auch Beschlüsse fassen werden, die ihren «Arbeitgebern» kaum schaden werden, bestätigt auch Z'graggen. Sie hält aber dagegen, dass «die Verknüpfung von Wirtschaft und Politik, wie wir sie in der Schweiz kennen, nicht nur negativ ist.» Mit den bereits verschärften Transparenzvorschriften könne man aber Gegensteuer geben. Vorstellbar sei indes

## Weniger Lohn, mehr Spesen

Das Schweizer Parlament der Halbprofis ist im Vergleich zum Ausland günstig. Das hat auch damit zu tun, dass die Entschädigung für die Parlamentarier international gesehen tief ist. Andererseits machen das die Schweizer wett, indem sie höhere Spesenrechnungen stellen. Würde das Milizparlament also professionalisiert, käme man nicht darum herum, den Parlamentariern höhere Löhne zu bezahlen, was allerdings durch kleinere Spesenbudgets zum Teil ausgeglichen werden könnte, folgert Z'graggen.

#### 40 000 Franken für Präsidium

Betrachtet man nur die Grundeinkommen, kommen die Österreicher innerhalb des OECD-Raums am besten weg. Sie erhalten umgerechnet rund 150 000 Franken, während Belgien die Politiker mit 102 000, Deutschland mit 122 000, die Nieder-

lande mit 123 000 und Norwegen mit 101 000 Franken entschädigt.

Das Grundeinkommen der Schweizer ist mit 56 000 Franken dagegen sehr bescheiden. Dazu kommen aber noch 30 000 Franken pauschale Spesenentschädigung, 3680 Franken für Reisekosten, pro Übernachtung 160 Franken und als Mahlzeitenentschädigung nochmals 85 Franken.

Im internationalen Vergleich sehr gut bezahlt werden in der Schweiz auch die Präsidenten und Vizepräsidenten von Kommissionen, die für ihre zusätzliche Arbeit nochmals 40 000 beziehungsweise 10 000 Franken erhalten. Dazu können Kommissionspräsidenten pro Sitzung nochmals 400 Franken in Rechnung stellen. Zum Vergleich: In Norwegen kann ein Taggeld von 3000 bis 6380 Franken bezogen werden, in Österreich gibt es pro Jahr maximal noch eine Spesepauschale von 8564 Franken. *adm*

## «Politiker sollten weniger auf Lobbys angewiesen sein»

**Um ihr Gehalt aufzupeppen, lassen sich viele Parlamentarier mit Mandaten für Sonderinteressen einspannen. Wäre deren Unabhängigkeit in einem Berufsparlament nicht grösser?**

**Andreas Ladner:** Weil die Räte keine Vollzeitpolitiker sind, ist es naheliegend, dass sie noch dazuverdienen. Man kann ihnen deshalb keine Auflagen machen. Mit Ausnahme der bundesnahen Betriebe, wo keine Doppelmandate erlaubt sind.

**Ist etwa eine Reform des Gesundheitswesens überhaupt noch möglich, wenn 18 Parlamentarier direkt im Solde der Krankenkassen stehen?**

**Ladner:** Tatsächlich sitzen diese Lobbyisten meist auch in den ent-

sprechenden Kommissionen und sind parteiintern die Meinungsmacher. Das kann zur Folge haben, dass sich eine nötige Reform verzögert. Auf der anderen Seite basiert unser System eben gerade darauf, dass sich die Verbände einbringen. Es wäre naiv zu glauben, dass ein Parlamentarier alle Informationen, die er zum Politisieren braucht, unabhängig beschaffen kann.

#### Braucht es noch mehr Transparenz?

**Ladner:** Die Interessenbindungen müssten der Wählerschaft zugänglicher gemacht werden. Ich stelle mir ein Internet-Monitoring vor, eine Weiterentwicklung des Wahlinstrumentes Smartvote, das zeigt, wenn ein Parlamentarier im Dienste seines Verwal-



**«Es wäre naiv zu glauben, dass ein Parlamentarier alle Informationen unabhängig beschaffen kann.»**

ANDREAS LADNER

tungsratsmandats redet. Technisch wäre dies längst möglich. Vermutlich ist es eine Frage der Zeit, bis es dies gibt.

#### Inwiefern sind unsere Milizparlamentarier denn bestechlich?

**Ladner:** Die Korruption ist in der Schweiz zum Glück nicht sehr hoch. Und anders als etwa in Frankreich ist die Politikerklasse weniger konstant, was ein positiver Aspekt ist. Aber die Milizpolitiker müssten von den Parteien stärker unterstützt werden, damit sie weniger auf Lobbys angewiesen sind. Hierfür müssten die Parteien aber ihre Apparate ausbauen.

**Sehen Sie eine Gefahr darin, dass immer weniger Leute aus der Wirtschaft im**

**Parlament sitzen, weil sie angesichts der geringen Entlohnung die Bürde des Amts nicht mehr auf sich nehmen wollen?**

**Ladner:** Man muss sehen, dass sich die Wirtschaftselite längst von der Politik abgekoppelt hat. Früher gab es noch solche Schwergewichte, die gleichzeitig ein Unternehmen und ein Bataillon führten und nebenbei noch im National- oder Ständerat sass. Heute ist solches aus Zeitgründen gar nicht mehr möglich.

INTERVIEW ISABEL DREWS, BERN

#### HINWEIS

▶ Der Politologe Andreas Ladner ist Professor am IDHEAP in Lausanne, einem unabhängigen Universitätsinstitut. ◀